

Herausforderungen der Gewerkschaftspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*

Die Autoren sind Mitglieder des „Hattinger Kreises“ und Herausgeber des Buches „Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt“.

Um das Gutachten „Jenseits der Beschlußlage“ hat es seit seinem Erscheinen im Frühjahr 1990 eine Fülle von Veranstaltungen gegeben, die der Vorstellung seiner Thesen, der Auseinandersetzung mit Argumenten und Gegenargumenten einen breiten Raum gaben. Die Herausgeber und die Autoren/innen sind von verschiedensten gewerkschaftlichen Gliederungen und Gruppierungen zu Diskussionen eingeladen worden: mal waren es DGB-Kreise, Verwaltungsstellen der Gewerkschaften, mal Frauengruppen, mal Priesteramtskandidaten der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, mal ganze Landesbezirksvorstände des DGB — aber auch Vertrauenskörper großer Betriebe, Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Arbeitskammern, auch junge Unternehmer/innen. Fast immer verliefen die Diskussionen ermutigend, wenn auch oft mit einem großen Fragezeichen am Ende: Was wird das alles im praktischen Alltag heißen, wer kann dies alles ins Werk setzen? Es gab vor allem ein Thema, das in allen Diskussionen wieder und wieder auftauchte und zu dem das Gutachten zulängliche Antworten schuldig bleibt: Kann man nach den weit- und deutschlandpolitischen Umbrüchen und Verwerfungen, die dem Jahre 1989 gefolgt sind, noch an einer solchen Modernisierung der Gewerkschaftspolitik festhalten, oder muß man wieder bescheidenere Ziele und Mittel gewerkschaftlicher Tagespolitik formulieren. Ist „Jenseits der Beschlußlage“ ein „Schönwetter-Diskurs“, der heute zu den eigentlichen Tagesfragen die Antworten schuldig bleibt?

In der Tat: Als die Autorinnen und Autoren 1989 das Manuskript des Gutachtens „Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt“ abschlossen, konnten die dann folgenden, sich geradezu dramatisch entwickelnden Ereignisse des Zusammenbruchs des „real existierenden Sozialismus“ im gesamten Ostblock, des ökonomischen und sozialen Umbruchs, des schnellen Absturzes dieser Länder auf das ökonomische und soziale Niveau von Ländern der Dritten Welt und des Wiederauflebens von Nationalismus und Krieg in Europa nicht mehr berücksichtigt werden. Uns blieb lediglich eine aktuelle Schlußbemerkung, deren optimistische Zukunftsoption inzwischen ebenfalls durch die politischen Inszenierungen und ökonomisch-sozialen Entwicklungen überholt ist. Damit sind nicht nur völlig neue Dimen-

* Gekürzte Fassung des Nachworts zur zweiten Auflage von „Jenseits der Beschlußlage“, Bund-Verlag, Köln 1993.

sionen ökonomischer und politischer Herausforderungen für die Gewerkschaftspolitik geschaffen worden; auch der von uns aufgegriffene Zukunftsdiskurs hat sich entscheidend verändert.

Der Kreis der Autoren/innen des Gutachtens hat diese neuen Entwicklungen nicht nur intern weiter diskutiert. Die bisherigen Ergebnisse können an dieser Stelle nicht skizziert werden und müssen weiteren Veröffentlichungen zum Themenbereich „Transformationen nach 1989 - Perspektiven sozialer Kohäsion und Gewerkschaften“ vorbehalten bleiben. In dem aktuellen Nachwort haben wir uns auf zwei Aspekte beschränkt: Zunächst wollen wir noch einmal den gewerkschaftspolitischen Kern unserer Thesen, seinen Bezug zu einem der Schwerpunkte gewerkschaftlicher Politik, der Tarifpolitik und seine Rezeption in der gewerkschaftspolitischen Öffentlichkeit nach Erscheinen des Gutachtens vorstellen. In einem zweiten Abschnitt wird sodann eine kurze Bestandsaufnahme der Zukunftsdiskussionen in den Gewerkschaften bis 1989 und ein Abriß eines möglichen Zukunftsdiskurses nach der Vereinigung und dem vorläufigen Ende des alten Ost-West-Konflikts vorgestellt. Dieser Entwurf wird sich auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen nach dem globalen Umbruch nach 1989 konzentrieren und sich deshalb nicht nur auf spezifisch gewerkschaftliche Themenstellungen beschränken können. Abschließend werden die allgemeinen sozialen und politischen Inhalte eines Zukunftsdiskurses in einer Gesellschaft ohne Transformationsperspektive skizziert, der dann in der Folge auf die gewerkschaftspolitischen Themen heruntergebrochen werden müßte.

Modernisierer kontra klassische Tarifpolitik? - Zur Kritik des Gutachtens in der gewerkschaftlichen Diskussion

Wir beziehen uns im folgenden auf Kritiken am Gutachten, die kaum öffentlich dokumentiert sind, die aber auf etlichen Tagungen und in Diskussionen geäußert wurden. Da die hier vorgestellte Kritik durchaus repräsentativ für viele Vorbehalte gegenüber der gewerkschaftspolitischen Richtung im Gutachten ist, die besonders bei den Hauptamtlichen „vor Ort“ existieren, soll im folgenden darauf eingegangen werden - nicht zuletzt auch, um eine Diskussion, die sowieso stattfindet, öffentlich zu machen. Dabei sind es nicht unbedingt die alten „Scheidelinien“, die hier angesprochen werden, etwa diejenigen zwischen „Stamos“ und „Undogmatischen“ oder zwischen „Rechten“ und „Linken“. Es geht vielmehr um die möglichen Funktionen von Gewerkschaften und Gewerkschaftspolitik in einer modernen, ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaft, um den Interessenbegriff, um Themen, um politische Bezüge.

Zwei Begriffe als Voraussetzung einer neuen, selbstbestimmten Solidarität können für die allgemeine gewerkschaftspolitische Tendenz im Gutachten stehen: Verantwortung und Dezentrierung.

- „Verantwortung“ in dem Sinne, daß heute politisches Handeln allgemein und gewerkschaftspolitisches Handeln im besonderen nicht mehr nur inter-

essengeleitet sein kann (im Sinne eines auf die Ökonomie bezogenen „zweckrationalen Handelns“), wenn es mit Bezug auf diese Interessen gesellschaftliche Ziele (z. B. Solidarität) verfolgen will, und daß es dies nicht mehr sein darf, wenn es den selbstzerstörerischen Tendenzen der gesellschaftlichen Systemdynamik entgegenwirken will: Die „besonderen Interessen des Proletariats“ sind heute mitnichten notwendigerweise „die allgemeinen Interessen der Menschheit“ - wie allein ein Blick auf die Ökologie bezeugt.

- „Dezentrierung“ in dem Sinne, daß die gesellschaftlichen Tendenzen der Ausdifferenzierung, Dezentralisierung und Flexibilisierung nur dann als Chance wahrgenommen werden können, wenn die einzelnen politischen Subjekte in diesem Prozeß in ihrer Autonomie bestärkt - zugleich aber durch gesellschaftliche Regulierungen sozial abgesichert werden. Das Projekt „soziale Sicherheit“ - so unsere These - muß mit dem Projekt „Freiheit“ verbunden werden - oder anders gewendet: Individualisierung erfordert mehr - nicht weniger - soziale Sicherheit, allerdings in neuen Formen.

Aus diesem Zusammenhang wurde u. a. gefolgert, daß die politischen Bezüge der Gewerkschaft ausgeweitet, Gewerkschaften für die vielfältigen Anforderungen und Bedrohungen - aber auch für die darin enthaltenen Chancen - offener werden müßten. Es geht also nicht nur um einen „erweiterten Interessenbegriff“, sondern auch um eine themen- und organisationspolitische Öffnung.

Dies wurde besonders von rechten wie linken „Traditionalisten“ innerhalb der Gewerkschaften dahingehend ausgelegt, daß wir in dem Gutachten der Tarifpolitik keinen sonderlichen Stellenwert mehr zukommen ließen, daß damit aber auch der Verteilungskonflikt als Klassenkonflikt aufgegeben werde und insofern zwei „Säulen“ einer „fortschrittlichen“ Gewerkschaftspolitik fallengelassen würden. Mehr noch: Mit der Betonung des Gestaltungsansatzes für die Gewerkschaftspolitik müßten sich jetzt die Gewerkschaften auch noch den Kopf des Klassengegners zerbrechen („Wie, was produzieren?“) und wären auf Kooperation festgelegt, verlören den Konflikt aus den Augen. Ergebnisse der Industriesoziologie, die auf einen Bedeutungszuwachs des Betriebs hinwiesen, würden die Kritik an dem „erweiterten Interessenbegriff“ stützen, der ja über den Betrieb - als Zentrum des Klassenkonflikts und Basis gewerkschaftlicher Organisations- und Konfliktfähigkeit - hinausweist.

Diese Kritik am Gutachten macht es sich erstens zu einfach, zweitens ist sie inhaltlich höchst problematisch, und drittens ist sie auch symptomatisch für die Zwickmühle einer in traditionellen Bahnen verharrenden Gewerkschaftspolitik:

- Diese Kritik ist zu einfach, weil wir im Gutachten von vornherein betont haben, daß wir hier besonders jene Bereiche diskutieren, die von der ansonsten zentralen tarifpolitischen Diskussion nicht aufgegriffen werden, die aber aufgrund des gesellschaftlichen Wandels an Gewicht gewinnen. Damit ist keine Geringschätzung der Tarifpolitik gemeint, sondern es wird aus-

gehend von neuen Problemen und Lebenslagen der Lohnabhängigen, die im Spannungsfeld von „Modernisierung“ und „Marginalisierung“ entstehen, eine veränderte Gewichtung der Politikinhalte favorisiert.

- Diese Kritik ist darüber hinaus inhaltlich problematisch, weil sie die traditionelle Tarifpolitik unausgesprochen mit politischen Zielen befrachtet, die sie in der gegebenen Form nicht mehr einlösen kann. Unbestritten ist die tarifpolitische Notwendigkeit, die Verhältnisse zu sichern und zu verbessern und die Arbeitszeit weiter zu verkürzen. Aber damit wird keineswegs mehr „im Selbstgang“ Solidarität eingelöst - im Gegenteil! Soweit sich Tarifpolitik auf die vorgegebenen Arbeitsmärkte einlassen muß und traditionelle Verteilungspolitik macht, bestätigt die prozentbezogene, lineare Lohnerhöhungspolitik höchst problematische Strukturen in diesen Teilarbeitsmärkten, wie dies durch eine aktuelle Untersuchung im WSI bestätigt wird: Einerseits verschiebt sich die Verteilungsstruktur zugunsten der Kapitaleinkommen. Andererseits nimmt aber auch die Spaltung der Arbeitsmärkte schnell zu. Während der „Kern“ der Arbeitnehmerschaft relativ unbehelligt von Einkommensverlusten z. T. sogar Realeinkommensgewinne verzeichnen kann, sinkt an den breiter werdenden Rändern das Realeinkommen; zugleich entwickeln sich zwischen den Branchen immer größere Einkommensunterschiede. Die Benachteiligungen kumulieren wiederum bei den „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes, besonders bei den Frauen. Die Tarifpolitik steht somit vor der Schwierigkeit, die Verhinderung einer weiteren Verschiebung der Einkommensanteile zugunsten des Kapitals mit der Abkehr von einer linearen Lohnerhöhungspolitik zugunsten einer qualitativen, differenzierten solidarischen Lohnpolitik zu verbinden. Daß aber eine solche solidarische Lohnpolitik gerade den Kern der so oft besungenen „Kampfbataillone“ der Gewerkschaften negativ trifft, weil dieser Kern (z. B. die Facharbeiterschaft) relative Einbußen zugunsten des Rands hinnehmen müßte, zeigt ein allgemeines Dilemma der Gewerkschaftspolitik, das durch das laute Ausrufen des Klassenkampfes in jedem Tarifkonflikt gerade verschleiert wird. Daß sich dann diese tarifpolitische Zwickmühle um ein Vielfaches verkompliziert, wenn auch noch die neuerdings von den Gewerkschaften aufgegriffene ökologisch motivierte Wachstumskritik politisch im tarifpolitischen „Nerv“ der Gewerkschaftspolitik ernstgenommen wird, versteht sich von selbst—von den Problemen, die der Aufbau im Osten Deutschlands tarifpolitisch mit sich bringt, ganz zu schweigen.

Auch der von Kritikern gegen unsere Thesen vorgebrachte Bedeutungszuwachs des Betriebs im Zuge der Modernisierung der Produktion kann nicht mehr in den alten Rastern interpretiert werden. Es wäre hier nämlich zu fragen, wie sich dieser Bedeutungszuwachs im einzelnen darstellt: Während er für etliche Arbeitnehmer/innen aus Not an Bedeutung gewinnt, weil sie von Marginalisierung bedroht sind, artikulieren andere - besonders die Jüngeren - inhaltliche Ansprüche an die Arbeit, reiben sich als Techniker an den betriebswirtschaftlich eingegengten technischen Lösungen im Betrieb, werden ökologische, frauenspezifische und soziale Inhalte der Arbeit thematisiert -

und einige (offenbar nicht wenige) entwickeln sogar so etwas wie „Spaß an der Arbeit“ (bis hin zum wiederum höchst problematischen „workaholic“). Der Betrieb als Zentrum der gesellschaftlichen Existenz hat längst seine Eindeutigkeit verloren (wenn er sie je hatte). Traditionelle gewerkschaftliche Betriebs- und Tarifpolitik als lineare bzw. prozentbezogene Lohnerhöhungspolitik ohne Gestaltungsperspektive wird gerade diesen Verschiedenheiten nicht mehr gerecht, und die Tatsache, daß gerade moderne Unternehmenskonzepte („Unternehmenskulturen“, Arbeitsgruppen im Betrieb etc.) den Gewerkschaften hier innerbetrieblich weit voraus sind, ihnen im Betrieb das „Wasser abgraben“, stimmt nicht gerade hoffnungsfroh.

Wie wenig diese Problemstellungen einer solidarischen Tarifpolitik, die aus allein gewerkschaftspolitischen Effizienzforderungen auf ein „Teilen, das verbindet“ verweisen, in den Gewerkschaften bislang erkannt werden, zeigt die verhaltene bis kritische Resonanz, die eben dieses Mai-Motto des DGB (1992) bei ihnen gefunden hat. Die vielfältigen inhaltlichen Problemstellungen einer solidarischen, emanzipativen Tarifpolitik sind nicht mehr im Hauruck-Verfahren durch mit Klassenkampfparolen drapierten klassischen Verteilungskampf im „Selbstgang“ zu lösen: Sie erfordern auf Basis des Ausdifferenzierungsprozesses und angesichts neuer komplexer Inhalte wie den ökologischen Herausforderungen Verständigungsprozesse zwischen den Mitgliedern, also Aufklärung und Kommunikation.

- Die Kritik ist daher auch symptomatisch für das Dilemma vieler traditioneller Linker in den Gewerkschaften: Indem die traditionalistische Position auf den Verteilungskonflikt als vermeintlich von den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen im Kapitalismus noch unberührten Kern des Klassenkonflikts setzt, muß sie entweder die auch von den eigenen Zielen her kontraproduktiven Resultate (Entsolidarisierung, Anbindung an kapitalistische Teilarbeitsmärkte und deren destruktive Dynamik) billigend in Kauf nehmen (sofern diese Resultate überhaupt gesehen werden), oder aber es wird nun ausgerechnet der ansonsten als „Klassenstaat“ charakterisierte Staat angerufen, doch gefälligst für mehr Solidarität durch Nachfrage- und Sozialpolitik und für mehr Umweltschutz durch Auflagen und Reparaturinvestitionen zu sorgen - wohl wissend, daß die Politik aus Systemgründen tatsächlich daran gehindert ist, hier effektiv tätig zu werden.

Wenn - ungeachtet der Notwendigkeit einer Erweiterung des gewerkschaftlichen Interessenbegriffs - die Tarifpolitik weiterhin als Kern gewerkschaftlicher Politik mißverstanden und dieser „Kern“ vorwiegend in der Form prozentualer Tarifierhöhungen verstanden und praktiziert wird, dann können Gewerkschaften noch so schöne Zukunftsdiskussionen und -kongresse veranstalten. Sie bleiben in ihrer Politik den ökonomischen, sozial und ökologisch destruktiven Strukturen und Rationalitäten der modernen kapitalistischen Märkte in einem engen Sinne verhaftet und werden als soziale Bewegungen unglaubwürdig. Für die klassische Tarifpolitik linker Provenienz war dies ehemals kein Problem: Man wußte sich im Zentrum des Klassenkonflikts und

übertrag die Zukunftsaufgaben, die Revolutionierung der Gesellschaft und den Kampf um eine andere, bessere Rationalität in der Gesellschaft, der Partei - hieß sie nun SPD oder KPD. Diese bequeme Arbeitsteilung und das gesellschaftliche Lager dahinter, die den Pathos des Klassenkampfes für den Verteilungskonflikt zuließen bzw. erforderten, sind dahin. Nicht, daß der Verteilungskonflikt nicht mehr Konflikt zwischen unterschiedlichen Klassen um die Aneignung des von der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft erstellten Nettoprodukts wäre. Aber mit der Modernisierung und Ausdifferenzierung der Gesellschaft und mit der Ökologieproblematik wird immer deutlicher, daß das politische Subjekt dieses Klassenkampfes dahinschwindet, und daß Lohnarbeit und Kapital auch gemeinsame ökonomische Interessen im Rahmen dieses destruktiven Systems haben, nämlich jene des Erhalts der Einkommensquellen in der Kapitalreproduktion - oder wie es Hugo Sinzheimer einmal gesagt hat: gemeinsame Produktionsinteressen.

Auch in der Position des Gutachtens werden gemeinsame gesellschaftliche Interessen herausgearbeitet - bei der Bewältigung der für Lohnarbeit und Gesellschaft destruktiven Dynamiken des Kapitalismus, die eben auch „das Kapital“ nicht unberührt lassen und die gerade von modernen Unternehmen offensiv angegangen werden. Diese Kooperation in der inner- wie außerbetrieblichen Gestaltungspolitik muß als solche auch thematisiert werden und wird ohne Konflikt nicht auskommen. Wird aber die Kooperation mit dem Kapital, die tagtäglich notwendige Praxis in den Betrieben ist und von der jeder Tarifvertrag kündigt, nicht offen diskutiert, wird also so getan, als ob permanent der Klassenkonflikt vorangetrieben würde, dann wird aus der faktischen Kooperation „Mauschelei“. Wir plädieren vielmehr dafür, die „Dialektik“ von Kooperation und Konflikt offen auszuhalten und die Chancen des Modernisierungsprozesses auszuloten.

Im gesellschaftlichen Modernisierungs- und Ausdifferenzierungsprozeß entwickeln sich eben nicht nur die Risiken der „Ellbogengesellschaft“, der Atomisierung und Marginalisierung, sondern auch neue Chancen, neue Widerstands- und Emanzipationspotentiale. Diese aufzugreifen — und im Gutachten wird eine Fülle von Beispielen dafür präsentiert - bedeutet aber nicht nur, daß eine veränderte qualitative Tarif- und Arbeitszeitverkürzungspolitik entwickelt bzw. weitergeführt werden muß, die die ausdifferenzierten Lebenslagen und Interessen berücksichtigt, sondern dies bedeutet auch, daß ein Engagement der Gewerkschaften in Bereichen außerhalb des Kerns der Tarifpolitik gefordert ist: in der strukturellen Diskussion in der Region, bezogen auf „Problemgruppen“ des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft, in den Fragen nach dem „Wie“ und „Was“ des Produzierens. Die offizielle Gewerkschaftspolitik ist hier in einigen Einzelgewerkschaften offenbar schon viel weiter als ihre Gralshüter.

Dieses „Aufgreifen“ ist allerdings mit zusätzlichem Engagement verbunden und daher nur dann umzusetzen, wenn ein neues Organisations- und Politikverständnis die Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben,

Verwaltungen und außerhalb der Betriebe projektorientiert anspricht und diesen auch eigenständige Lösungen „jenseits der Beschlußlage“ zutraut, diese gar fordert. Der Hauptamtliche, der 70 Stunden in der Woche für die „35-Stunden-Woche“ seiner Mitglieder kämpft, wird in der Tat von diesen Politiken überfordert. Eigentümlicherweise war aber diese Ausweitung gewerkschaftspolitischen Engagements für „die Traditionalisten“ in der Regel dann und so lange kein Problem, so lange es im Zuge des Ost-West-Konflikts um Friedensfragen oder im Zuge der Solidarität mit der Dritten Welt um die Unterstützung revolutionärer Bewegungen ging. Wird - wie in unserem Gutachten - das Engagement des Individuums thematisiert, wird plötzlich von der kritischen Gegenseite die Organisation als „funktional“ und arbeitsökonomisch überfordert dargestellt. Ist das Individuum so gefährlich, die Ökologie ein so unsicheres Terrain? Ist eine „offene“ Gewerkschaft (und darum geht es, nicht darum, aus der Gewerkschaft eine Bürgerinitiative zu machen) automatisch eine schwache Gewerkschaft? Wir sind dagegen anderer Meinung und meinen, dies auch im Gutachten in Umrissen begründet zu haben.

Gewerkschaftliche Zukunftsdiskurse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Wir haben das Gutachten bereits im Entstehungsprozeß in den Zusammenhang der Mitte der achtziger Jahre zaghaft angelaufenen Zukunftsdebatte gestellt. Die Diskussionen um die Zukunft der Gewerkschaften beginnt aber nicht erst in den achtziger Jahren und ein Rückblick auf die Etappen gewerkschaftlicher Zukunftsdebatten in der Bundesrepublik lohnt, will man sich weiterer Perspektiven vergewissern. Schematisch können drei Etappen unterschieden werden, die allerdings in Wirklichkeit nicht trennscharf voneinander geschieden sind; vieles spricht dafür, daß die heute notwendige Zukunftsreflexion die Inhalte aller drei Etappen zum Gegenstand haben muß.

Die Zukunftsdebatte der späten sechziger und frühen siebziger Jahre geht mit der sozialliberalen Reformphase einher. Das Fortschrittsmodell ist in dieser Debatte von einer gemäßigt marxistischen Kapitalismuskritik und einem arbeitsgesellschaftlich-produktionistischen Reformismus geprägt. Der in der Tradition der Zweiten Internationale stehende Produktivismus wurde durch das bis dahin erfolgreiche fordistische Produktionsmodell unterfüttert und durch den Keynesianismus wirtschaftspolitisch abgesichert. Beides waren die Voraussetzungen für eine Politik des Wirtschaftswachstums (Sicherung der Einkommensquellen), der verteilenden Gerechtigkeit und der Humanisierung der Arbeit. Die auch in den Gewerkschaften aufkommende Diskussion um die Qualität des Lebens (z. B. auf dem IG-Metall-Kongreß 1972) thematisiert zwar einen neuartigen, qualitativen Fortschrittsbegriff, der aber prinzipiell in eine (erwerbs-)arbeitszentrierte Utopie eingeschlossen bleibt. Darin treffen sich - bei allen sonstigen Gegensätzen - konservativkooperative, sozialreformerisch-konfliktorische, orthodox, am real existierenden Sozialismus orientierte wie radikal linke, an Beteiligung, Sozialismus und/oder Räten orientierte Entwürfe.

Die Zukunftsdebatte bis 1989 stellt - nachdem die sozialliberale Koalition mit ihrem wirtschaftspolitischen Konsensmodell in der Krise 1975 gescheitert war und nachdem sie in der Auseinandersetzung mit dem politischen Terrorismus, den neuen sozialen Bewegungen und mit ihrem am alten Sozialstaatsmodell orientierten selektiven Sparkurs den Fortschrittsdiskurs erstickt hatte - eine „Erholung“ von der darauf folgenden Hegemonie des neokonservativen Austeritätsdiskurses dar. Er ist rückschrittskritisch (gegen Deregulierung) und fortschrittsskeptisch zugleich. Mit dem Vordringen „postindustrieller“ Themen - Geschlechterverhältnis, Ökologiefrage, äußerer und innerer Frieden - zerbröseln die Orientierung an gesellschaftlichen Großutopien. Arbeitsgesellschaftliche Identifikationen und Fortschrittmuster büßen trotz (oder sogar wegen) Massenarbeitslosigkeit ihre Integrationskraft ein. Die Produktion wird immer mehr als in gesellschaftlicher Verantwortung stehend diskutiert, was das Lagerdenken zunehmend als hinderlich für zeitgemäße Kooperationen und Koalitionen erscheinen läßt. Angesichts von Individualisierung und neuem kulturellen Modell wird Befreiung in der (Erwerbs-)Arbeit kaum mehr als utopiefähig anerkannt, wohl aber die zunehmende Befreiung von ihr, ihre Unterordnung unter Lebensbedürfnisse und unter einen um gesellschaftlich reproduktive Tätigkeiten erweiterten Arbeitsbegriff. Dem Sozialstaat werden - außer und zunehmend auch statt traditionell umverteilender Funktionen - neue sozial organisierende Aufgaben zugewiesen bei gleichzeitig zunehmender Skepsis gegenüber seinen gewandelten Kontroll- und Herrschaftsstrukturen. Organisationen - im weitesten Sinne kapitalistisch organisierte Unternehmen einschließlich - werden danach befragt, inwieweit sie unausgewiesene Autorität, Geschlechterhierarchien, kollektive Unverantwortlichkeit und Ineffizienz verkörpern und deshalb der Reform bedürfen. Dieser Organisationsdiskurs schließt Gewerkschaften nicht mehr von Neuerungsanforderungen aus, nur weil sie Gewerkschaften sind, wie er umgekehrt Unternehmen nicht zu Neuerungsleistungen außerstande erklärt, nur weil sie Unternehmen sind.

Nach 1989 ist vieles noch unsicherer geworden. Sicher ist nur, daß mit der Wende in der DDR und im gesamten ehemaligen Ostblock und mit der Vereinigung den postindustriellen Utopien „ein mächtiger Strich durch die Rechnung“ gemacht wurde. Zwei einander spiegelbildlich sich ergänzende und dabei gleichermaßen kurzsichtige Modifikationen des Fortschrittsdiskurses haben sich dabei herausgebildet. Holzschnittartig formuliert: Die erste konstatiert eine partielle Rückkehr zur alten sozialen Frage, zum ersten Fortschrittsdiskurs, ruft zur „sozialen Verteidigung“ auf und nutzt die Gunst der Stunde, sich der eh ungeliebten „Fortschrittsfaselei“ mit dem Hinweis auf den Manchester-Kapitalismus im Osten zu entledigen. Die zweite beharrt auf ihrem postindustriellen Fortschrittsdiskurs, sieht in der notwendigen Aufbauarbeit „im Osten“ lediglich einen Nachholbedarf, der das Anknüpfen an „vor '89“ verzögert, aber nicht verhindert, und ermahnt sich und andere daher zu Geduld und Durchhaltevermögen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß beide Positionen je etwas Richtiges treffen und doch insgesamt neben der Sache liegen:

Zu 1.) Natürlich gewinnt im Osten die Bedeutung der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung eine Dramatik, angesichts derer die Ökologie- und die Geschlechterfrage (wieder einmal) sekundär werden. Aber kann man angesichts der immer grauenhafter sich enttarnenden ökonomischen, politischen und ökologischen Verhältnisse im ehemals real existiert habenden Sozialismus ernsthaft eine Position der „Verteidigung“ einnehmen? In der ehemaligen DDR und in Osteuropa findet eine Neukonstruktion von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft statt, für die es kein historisches Vorbild gibt und über die (in Ostdeutschland mehr als anderswo) im Rahmen marktwirtschaftlicher Parameter wesentlich politisch entschieden wird.

Zu 2.) Natürlich bleibt die Nachrangigkeit postindustrieller gegenüber industrialistischen Themen auch dann noch falsch und (in den ökologischen Dimensionen) menschenbedrohend, wenn die letzteren sich erneut dramatisieren. Aber zu warten, bis die Menschen dies begreifen, kann nicht der Weisheit letzter Schluß sein (Attentismus war schon in der Vergangenheit immer eine prekäre politische Haltung). Und es gibt auch kaum einen Grund zu der Annahme, daß die allgemeine globale Entwicklung - wenn auch mit Modifikationen — im Prinzip dort wieder anlangen würde und daß man dort wieder anknüpfen könnte, wo wir vor 1989 waren. Was sich vielmehr abzeichnet, sind qualitative Veränderungen, die für Ost und West neuartige Probleme und Orientierungsbedarfe hervorrufen.

Voraussetzungen und Eckpunkte eines Zukunftsdiskurses nach 1989

Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und zutreffende Gewichtung. Wenn die ökologische, die soziale und kulturelle Frage nicht oder nicht ihrem Gewicht gemäß behandelt wird, dann deshalb, weil nur die Fragen hier aufgeworfen werden sollen, die sich mit den Ereignissen 1989 wirklich neu stellen — ohne daß die anderen Problemstellungen damit an Gewicht verlieren (im Gegenteil!). Allerdings wird jeder Zukunftsdiskurs zu den folgenden Punkten Stellung nehmen müssen, wenn man beim Entwurf eines Fortschrittsparadigmas mit den Stärken der beiden erstgenannten nicht ihre Schwächen konservieren und fortschleppen will.

a) Der Zerfall der Blöcke und der ideologischen Fronten

Zerfall und Selbstaflösung haben individuelle und kollektive Leitbilder entstrukturiert. Dies gilt nicht nur für die Anhänger des real existiert habenden Sozialismus: Schließlich hat die Konkurrenz der Systeme, von denen nur eines (wenn auch seit langem in ungläubwürdiger, im nachhinein geradezu zynischer Weise) einen emanzipativen Transformationsanspruch erhob, kapitalistische wie sozialistische Systeme unter Reformzwang gesetzt. Daß stalinistische Systeme zur Transformation in nicht-stalinistische, sozialistische Systeme fähig wären, war ebenso eine tragende Hoffnung der Linken

wie die, daß kapitalistische Systeme in demokratisch-sozialistische Systeme transformierbar wären. Mit dem Zerfall der Systemkonkurrenz sind beide Hoffnungen verbraucht: Es mag heute zwar noch Sinn machen, von „sozial“ als wünschenswerter Eigenschaft einer Gesellschaft zu sprechen; ob dagegen der Begriff des „Sozialismus“ noch Sinn macht, ist höchst fraglich geworden. Entweder drückt dies - wie seit langem in der Sozialdemokratie - gar keine Transformationsabsicht mehr aus, sondern nur noch die Bewegung für mehr Soziales. Oder sie erhebt eine Transformation zum Programm, obwohl sie weniger denn je weiß, wohin die Reise gehen soll. In beiderlei Fällen ist die Rede vom Sozialismus bestenfalls überflüssig, schlimmstenfalls desorientierend und von wirklicher Gestaltungsnot ablenkend.

Heute müssen Gesellschaften und ihre Entwicklung ohne Transformationsperspektive gedacht werden können. Das bedeutet, die alte sozialdemokratische Kröte zu schlucken: Gestaltung statt Transformation. Das Ende von Transformationsab- und -aussichten nimmt der Linken die traditionelle Triebkraft und perspektivische Orientierung für ihr Alltagshandeln. Es hat aber einen wichtigen weiteren Effekt. Die überlegenen und überlebenden Systeme befreit es keineswegs zwangsläufig vom Reformdruck. Es verwehrt ihnen sogar, sich sozialen Gestaltungsansprüchen deshalb entgegenzustellen, weil sie mit Transformationsabsichten oder -Wirkungen verbunden seien. Wenn Ansätze zu einer neuen Unternehmenskultur, aber auch zu einer neuen Kultur gewerkschaftlichen Handelns nicht täuschen, bestehen sie in einer Internalisierung aufgegebener äußerer Transformationsansprüche in Form selbst auferlegter Gestaltungsansprüche (im Sinne des „Zwangs zum Selbstzwang“ bei Norbert Elias). Somit scheint mit dem Ende der Transformationsperspektive beides - Utopieverluste und Utopiegewinn - verbunden zu sein. Die neuartigen Utopiechancen ausfindig und praktisch folgenreich zu machen, wäre der Keim des dritten Fortschrittsparadigmas.

b) Markt - Organisation - Demokratie ohne Transformationsaussicht

In der hier formulierten Perspektive verlieren instrumentelle Politikgründungen ihre Berechtigung; politische Mittel sind dann in erster Linie auf ihre Richtigkeit hin, nicht auf ihre Geeignetheit zur Erreichung eines historisch vorgegebenen Zwecks - Sozialismus - zu beurteilen. Dies setzt wiederum eine diskursive politische Kultur in und zwischen den gesellschaftlichen Organisationen voraus, in der über „Richtigkeit“ gestritten werden kann. Dabei wird man nicht umhin kommen, bei aller Kritik am Kapitalismus als Herrschaftsverhältnis, als zu Krisen und zu sozialer und ökologischer Destruktivität tendierend, ein positives und mögliches Bild von den Eckpfeilern der auf absehbare Zeit alternativlosen Gesellschaft zu entwerfen, in dem eine Gestaltungspolitik Orientierungspunkte und mehr als nur situative Begründungselemente vorfindet.

Diese Eckpfeiler sind vermutlich:

- der Markt als dezentrale Bestimmungsgröße des Wirtschaftens,

- die Organisation als Agglomerationsformen, in denen sich das ökonomische, soziale und kulturelle Überleben der Gesellschaft vollzieht und
- der Staat als Gebietskörperschaft, die hoheitlich solche Bedingungen des sozialen Zusammenhalts sichert und herstellt, die nicht zulänglich privat sicherzustellen oder herstellbar sind.

Ein „positives“ Bild von diesen Eckpfeilern entwerfen heißt, sich den Bedingungen ihres Funktionierens gegenüber nicht blind zu stellen. Politische und programmatische Entwürfe brauchen sich diese Bedingungen nicht sozusagen in einem voreilehenden Gehorsam zu eigen zu machen; sie können gerade den Streit um deren Ausgestaltung provozieren. Aber die Urheber dürfen sich der seriösen Auseinandersetzung darüber nicht entziehen, ob ihre Entwürfe im Kontext der Bedingungen der genannten Eckpfeiler gedacht, ausformuliert und realisiert werden können. Konkret: Man kann nicht den Markt geißeln und ihm—womöglich taktisch—Terrain entziehen, sondern man muß ihn auf eine optimale Reichweite hin abstecken und innerhalb dieser Reichweite zu optimieren versuchen: im Sinne der Verbraucher, im Sinne der Umwelt, aber natürlich auch im Sinne der Anbieter. Entsprechend müssen Unternehmen im Sinne gesellschaftlicher Ziele optimiert und „zivilisiert“ werden, was den Streit um die Grenzen einzelwirtschaftlicher Vernunft, um die Bürgerrolle im Betrieb, aber immer auch die Kenntnis und Respektierung der Bestands- und Effizienzbedingungen der Unternehmen einschließt. Oder man kann zum Staat kein bloß instrumentelles Verhältnis einnehmen - das des „Abzockens“, das nicht nur für manche Jugendliche und Sozialpolitiker, sondern auch für Teile des Öffentlichen Dienstes gilt, sondern man muß die Anforderungen an staatliche Strukturen und staatliches Handeln in Kenntnis der Bindungen und Grenzen der Steuerungs- und Finanzierungskapazität des Staates formulieren. Der Streit wird auch hier um die Beteiligungsgrundlage staatlichen Handelns gehen - von der „kommunalen Demokratie“ bis hin zum Konzept der „zivilen Gesellschaft“ (was noch vielfältiger Klärung bedarf). Aber man wird nicht darum herumkommen, sich auch den Kopf der „anderen Seite“ zu zerbrechen, je genauer und je kontinuierlicher, um so besser.

c) Globalisierung und Regionalisierung der Welt zu Lasten nationaler wie supranationaler Staatlichkeit

Zu den Zeiten der Blöcke haben Staaten und Staatenbünde wesentlich zu einer sozialen „Kohäsion“, einem strukturierten gesellschaftlichen Zusammenhalt, beigetragen, das militärisch, ideologisch, sprachlich, wirtschaftlich, monetär, moralisch und kulturell vermittelt war. Wir haben bereits vor 1989 im Gutachten den Rückgang der Integrationskraft der Staatlichkeit konstatiert: durch Regionalisierung einerseits, durch übernationale Zentralisierung andererseits. Der Zerfall der Blöcke hat diesen Prozeß enorm beschleunigt und als Gefahr für die soziale Kohäsion sichtbar werden lassen. Autonomiebestrebungen ethnischer Gruppen, Zerfall von Staaten, Sprachenstreite, Bürgerkriege - zusammen mit dem Zerfall der Blöcke - signalisieren das Ende der Trennung von Außen- und Innenpolitik: Streit in einer Nation wird zum Krieg

zwischen Völkern; umgekehrt tritt zunehmend an die Stelle der blockstrukturierten Außenpolitik eine unstrukturierte „Weltinnenpolitik“ (Blauhelme in Jugoslawien, Kambodscha, Kurdistan, Eingreiftruppen im Golfkrieg). Das Europa der 12 gehört mit seinem Binnenmarktprojekt da noch zum alten (auslaufenden?) Integrationsmodell.

Welche Ausmaße die Entstrukturierung von Staatlichkeit annehmen, welche Folgen sie haben wird, dies ist eine der großen Zukunftsfragen. Hier reicht es nicht aus, die Frage nach dem neuen Akteur zur Ausübung von Hoheitlichkeit zu stellen; es ist zu fragen, welche Agenturen und Medien sozialer Kohäsion die heraufkommende Welt noch zur Verfügung haben bzw. welche neuen sie entwickeln wird, oder ob sie überhaupt noch der Gefahr - um mit Emile Durkheim zu reden - der „Anomie“, also der (frei übersetzt) Asozialität, Einhalt gebieten kann. Wer einen Blick in ein Land der „Dritten Welt“ oder aber auf die USA geworfen hat, weiß, daß die dort nicht vorhandene soziale Kohäsion bei uns das sozio-kulturelle Fundament ist, auf dem Gewerkschaften überhaupt erst operieren können, und daß ihr Desinteresse daran bei uns darauf beruht, daß sie - in der Tradition des alten Lagers der Arbeiterbewegung - als selbstverständlich unterstellt wird. Aber ist dies wirklich noch so als selbstverständlich zu unterstellen angesichts der besonders in den Städten und in der Schicht der Jugendlichen deutlichen Entstrukturierung - vom Osten Deutschlands ganz zu schweigen?

d) Die Entgrenzung der Grenzen: Menschen-, Flüchtlings-, Asylantenströme und deren gleichheitswidrige Eindämmung durch die Gleichheitsgesellschaft

Mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Ökonomien, dem Zerfall der Blöcke und der zunehmenden Öffnung von Markt- und politischen Grenzen und mit dem wachsenden Wissen um die Lebensbedingungen anderer Völker, Kulturen bleibt Mobilität nicht auf Waren beschränkt, sondern schließt mehr und mehr Menschen ein. Nicht, wie viele, sondern wie wenige Wirtschaftsflüchtlinge nach Deutschland kommen, muß verwundern! Was hält heute Milliarden armer Schlucker eigentlich noch davon ab, zu uns zu kommen: Sprache, Behörden, Qualifikation, Kultur- und Familienbande? All das sind wenig verlässliche und ihrerseits in Veränderung begriffene Faktoren. Auch diese Situation deutet wiederum auf Entstabilisierung der Arbeitsmärkte und der sozialen Strukturen überhaupt in Aus- wie Einwanderungsländern hin.

Je mehr Menschen immigrieren, um so deutlicher wird die Antiquiertheit und die Partikularität des bisherigen gewerkschaftlichen Internationalismus-Diskurses. Internationale Solidarität ist den (vornehmlich im Untergrund kämpfenden) Gewerkschaftern im Ausland reserviert. Die Parole „Mach meinen Kumpel nicht an“ und die Multi-Kulti-Euphorie zielen trennscharf auf „legale“ kommunale (der Gruppe, der Gemeinschaft zugehörige) Ausländer, zu denen die Türken gerade noch zugezählt werden. Universalisierbar ist dieses Solidaritätsverständnis nicht - im Gegenteil: Es toleriert Abschottung und Ausweisung gegenüber „Extra-Kommunitären“, es verbleibt stumm

gegenüber den neuen Formen von Fremdenfeindschaft. Wenn aber gerade solche Extra-Kommunitäre in Zukunft immigrieren (wollen) sollten, dann werden sie diese Grenzmarke mit öffentlicher Billigung zu spüren bekommen.

Dieses Problem darf nicht heruntergespielt werden. Es führt in einen scharfen Konflikt zwischen gleichheitlichen Ansprüchen der Gesellschaft und der Einsicht, daß es durch einfache Öffnung der Grenzen und Sozialämter nicht zu lösen ist. Dagegen spricht, daß die Milde (nur) eines Staates Immigranten überproportional anzieht und damit Aufnahmebedingungen überzieht, daß diese Immigranten oft in falsche Milieus aufgenommen werden (Schwarzmarkt-, Drogen-, Heinkriminalitätsszenen) und daß - nicht zuletzt dadurch vermittelt - der Faktor Fremdenfeindlichkeit ein Ausmaß erreichen kann, das dann eine „rationale“ Ausländer-, Asyl- und Immigrantpolitik verhindert. Unvermeidlich ist wohl, die Probleme von politischem Asyl und Wirtschaftsflucht zu entzerren. In ersterem muß man kompromißlos bleiben, bei letzterem begrenzt-geordnete Immigration mit Aufbauprogrammen für die von der Emigration bedrohten Länder verbinden.

e) Ungewißheit über die Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit

Die hier aufgeführten Punkte sprechen allesamt für eine radikale - also an die Wurzeln gehende - Debatte über soziale Gerechtigkeit und deren Umsetzung in Entwürfen der Sozial-, gewerkschaftlicher Gestaltungs- und Tarifpolitik. Der erste Fortschrittsdiskurs hatte auf diese Frage noch eine klare Antwort: Ausbeutung ist die prinzipielle Ungerechtigkeit, sie gilt es zu überwinden. Und dies ist keine Diskurs-, sondern eine Macht- und darum Organisationsfrage. Im zweiten Fortschrittsdiskurs haben Prinzipien sozialer Gerechtigkeit schon Brisanz erlangt: etwa in der Diskussion um eine „Kultur des Teilens“, in der Kritik der sozialen Chancenverteilung durch das Normalarbeitsverhältnis und in den kritischen Analysen des Arbeits- und Interessenbegriffs. Deutlich wurde schon da, daß statt des Rekurses auf scheinbar selbstverständlich geteilte Werte und die Macht zur Durchsetzung der daraus folgenden Politikoptionen ein moralisch-ethischer Diskurs erforderlich ist, dessen Ausgang offen sein muß, das heißt, daß er unter Umständen zu einer Neuordnung von Lebenslagen und Ressourcen führen kann.

Im Fortschrittsdiskurs einer kapitalistischen Marktökonomie und Demokratie ohne Transformationsperspektive kann man allgemein geteilte Gerechtigkeitskriterien überhaupt nicht mehr unterstellen — oder allenfalls als ein nicht nach Legitimitätskriterien ausgewiesenes „Relikt“. Der notwendige Diskurs über soziale Gerechtigkeit, der seit 1989 enorm an Brisanz gewonnen hat, hat nicht mit introvertiert-pietistischen Grundwertekommissionen zu tun. Er geht an die Wurzeln der Gesellschaft, weil er unter normativen (hier: Legitimitäts-) Gesichtspunkten die Grundprinzipien beurteilt, nach denen eine Gesellschaft ihr Überleben organisiert, indem sie Chancen und Ressourcen verteilt. Wenn man mit David Miller die Prinzipien einer solchen Verteilung unterscheidet in „deserts“ (Chancenverteilung nach Fähigkeit/Leistung),

„need“ (nach intersubjektiv verifizierbarem Bedarf) und „rights“ (nach erworbenen Rechten, Garantien), dann werden die Kriterien der Gewichtung dieser Prinzipien zunehmend fragwürdig: Wer die Kultur des Teilens favorisiert, favorisiert „need“ zuungunsten von deserts und rigths; wer einem staatlich garantierten Grundeinkommen das „Versicherungsprinzip“ entgegengestellt, favorisiert deserts zu Lasten von need usw. Und wenn man sich Gesellschaften auf den Eckpfeilern Markt — Organisation — Staat — Demokratie ohne Transformationsperspektive vorstellt, dann kann man sich „positive“ Bilder dieser Eckpfeiler ohne Rekurs auf solche normative „Letztbegründungen“ (= Kriterien von Legitimität) nicht vorstellen. Dieser Diskurs steht an - auch für die Gewerkschaften.